
Fachprofile

Realschule: Politik und Gesellschaft

1 Selbstverständnis des Faches Politik und Gesellschaft und sein Beitrag zur Bildung

Als Leitfach der politischen Bildung beschäftigt sich das Fach Politik und Gesellschaft mit dem Menschen als sozialem und politischem Wesen. Ziel des Unterrichts im Fach Politik und Gesellschaft ist die Demokratiefähigkeit junger Menschen. Gegenstände des Unterrichts in Politik und Gesellschaft sind, ausgehend von der Erfahrungswelt der Jugendlichen, zentrale Formen und Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die demokratische Gestaltung der staatlichen Ordnung, Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung auf den verschiedenen politischen Ebenen sowie gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Handlungsfelder.

Die Schülerinnen und Schüler entwickeln auf der Grundlage des im Grundgesetz verankerten Menschenbilds systematisch Kompetenzen, die ihnen eine angemessene Orientierung in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ermöglichen. Somit sollen sie, aufbauend auf einer eigenständigen Informationsgewinnung, zu reflektierten politischen Entscheidungen und Urteilen befähigt sowie zur Übernahme von Verantwortung in Staat und Gesellschaft ermuntert werden.

Der rasche gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Wandel und damit verbundene grundlegende Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden den Jugendlichen bewusst. Lösungsansätze für die sich daraus ergebenden Probleme erörtern sie in der Auseinandersetzung mit aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Themen. Dabei begreifen sie politisches Handeln als Aufgabe der Gegenwart und der Zukunft.

Das Fach Politik und Gesellschaft hat einen normativen Auftrag und fördert dementsprechend eine persönliche, wertorientierte Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Diese Werteorientierung setzt ethische Maßstäbe für die eigene Lebensführung und gründet sich auf Demokratie, Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit sowie Nachhaltigkeit als fundamentale Prinzipien. Insbesondere die Achtung der Menschenwürde sowie der Grundrechte wird betont und schließt damit die Ablehnung extremistischer Grundhaltungen mit ein. Durch die kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Welt- und

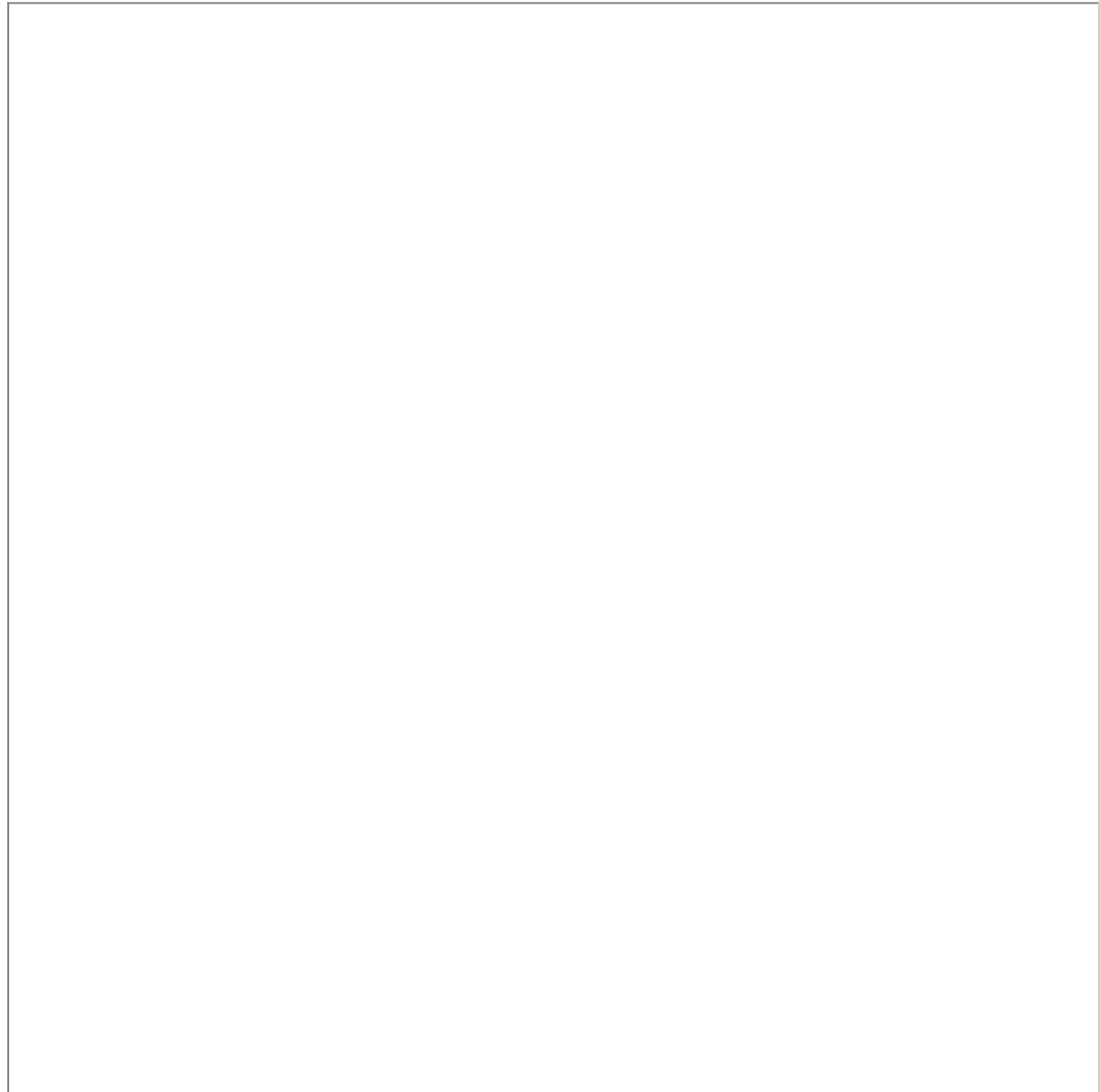
Menschenbildern und mit freiheitsgefährdenden Gegenmodellen zur Demokratie erkennen die Schülerinnen und Schüler u. a. die Notwendigkeit der Wertgebundenheit unserer Demokratie.

Beispiele aus der aktuellen Diskussion verdeutlichen das Spannungsverhältnis von Selbstverwirklichung im Rahmen der bürgerlichen Freiheiten und Integration in die Gesellschaft. Konfliktfähigkeit und Kompromissbereitschaft werden durch die Einsicht in die Notwendigkeit demokratischer Spielregeln gefördert: Die Schülerinnen und Schüler kennen und beachten die Regeln für ein rationales Austragen politischer Konflikte und entwickeln dabei die Bereitschaft, konstruktive Kritik zu äußern und anzunehmen sowie Kompromisse einzugehen. Die Thematisierung unterschiedlicher Lebensformen und Vorstellungen sowie der immer wieder zu leistende Perspektivenwechsel tragen zur Herausbildung von Empathie und Toleranz bei.

Die Schülerinnen und Schüler lernen zwischen Fakten und Meinungen zu unterscheiden und werden auf ihrem Weg zum mündigen, rational handelnden Staatsbürger unterstützt. Sie können einerseits selbstbewusst eigene Interessen vertreten, zeigen sich andererseits aber auch verantwortungsbewusst, kompromissfähig und tolerant und sind in der Lage, sich in die Schulgemeinschaft und die Gesellschaft insgesamt zu integrieren. Der Unterricht im Fach Politik und Gesellschaft darf nicht indoktrinieren, kann aber auch nicht wertneutral sein.

2 Kompetenzorientierung im Fach Politik und Gesellschaft

2.1 Kompetenzstrukturmodell



In der Mitte des Kompetenzstrukturmodells sind die Gegenstandsbereiche (politische Mitwirkungsmöglichkeiten; politische Strukturen; politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Handlungsfelder) angeordnet. Die Grundlegenden Kompetenzen und die Kompetenzerwartungen im Fachlehrplan stehen zu den Gegenstandsbereichen und den prozessbezogenen Kompetenzen (Partizipationskompetenz, Urteilskompetenz, Wertekompetenz,

sozialwissenschaftliche Methodenkompetenz) des Kompetenzstrukturmodells in Beziehung.

Die drei Kompetenzbereiche Urteilskompetenz, Partizipationskompetenz und Wertekompetenz sind nicht isoliert zu betrachten. Sie stehen in Wechselwirkung zueinander und münden in die ihnen übergeordnete Demokratiekompetenz, die gleichsam die Quintessenz des Unterrichts im Fach Politik und Gesellschaft bildet. Die Schülerinnen und Schüler erwerben diese Kompetenzen anhand der Gegenstandsbereiche und bei der Anwendung fachspezifischer Methoden. Somit ist der Erwerb sozialwissenschaftlicher Methodenkompetenz grundlegender Bestandteil für die Ausbildung der anderen im Modell dargestellten Kompetenzen des Fachs.

2.2 Prozessbezogene Kompetenzen

Die folgenden prozessbezogenen Kompetenzen dienen dem Erwerb politischer Handlungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft des Einzelnen auf seinem Weg zum mündigen Staatsbürger bzw. zur mündigen Staatsbürgerin.

Demokratiekompetenz

Demokratiekompetenz bedeutet, Politik und Gesellschaft zu verstehen sowie bereit und in der Lage zu sein, verantwortungsbewusst als Bürgerin bzw. Bürger in der Demokratie mitzuwirken. In enger Verbindung dazu und zu den Gegenstandsbereichen des Faches stehen die Teilkompetenzen Urteils-, Partizipations- und Wertekompetenz, die sich gegenseitig bedingen und beeinflussen.

Urteilskompetenz

Urteilskompetenz bedeutet, Sachverhalte in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu analysieren und in größere Zusammenhänge einzuordnen, um zu einem eigenständigen Urteil zu gelangen. Politische Urteilskompetenz beginnt bei einfachen Feststellungsurteilen (Sachgegenstände werden beschrieben, kategorisiert) und geht hin bis zu komplexen

Entscheidungsurteilen (z. B. durch eine Pro-Contra-Debatte). Hierbei sollen die Schülerinnen und Schüler befähigt werden, bereits getroffene politische Entscheidungen zu beurteilen, aber auch eigene politische Urteile zu fällen. Da es sich bei politischen Urteilen immer um eine Kombination von Sach- und Werturteil handelt, müssen beide Aspekte bei der Analyse berücksichtigt werden.

Partizipationskompetenz

Partizipationskompetenz bedeutet, Möglichkeiten der politischen Beteiligung zu kennen und Chancen des erfolgreichen Einsatzes in konkreten Situationen zu beurteilen.

Mittels ihrer Partizipationskompetenz formulieren die Schülerinnen und Schüler politik- und gesellschaftsbezogene Meinungen und Interessen und reflektieren sie in einer Art und Weise, dass sie diese vor sich selbst und anderen vertreten können. Hierauf aufbauend sollen sie befähigt werden, sich später selbständig am politischen Prozess zu beteiligen. Der Partizipationskompetenz als politischer Handlungskompetenz geht die Urteilskompetenz voraus. Je gründlicher bei der Urteilsbildung vorgegangen wird, desto angemessener, überlegter und wirksamer kann am politischen Prozess teilgenommen werden.

Wertekompetenz

Wertekompetenz beinhaltet, sich mit ethischen Begründungen und Deutungen auseinanderzusetzen, die ethischen Begründungen politischer Entscheidungen zu analysieren, unterschiedliche Wertvorstellungen zu vergleichen, demokratische Haltungen und Einstellungen für sich selbst zu entwickeln, diese zu leben, zu vertreten und ggf. auch zu verteidigen. Nur wer die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung verinnerlicht hat, kann politische Prozesse und Entscheidungen vor dem Hintergrund unserer Wertordnung kritisch beurteilen und Mehrheitsentscheidungen nachvollziehen. Ein in diesem Sinne kompetenter Mensch nimmt seine Kontrollfunktion als Bürger oder Bürgerin in der Demokratie wahr und wird bei Fehlentwicklungen aktiv, um insbesondere durch die Beteiligungsmöglichkeiten in der Demokratie in die politische Auseinandersetzung einzugreifen.

Sozialwissenschaftliche Methodenkompetenz

Im Fach Politik und Gesellschaft wird das Methodenrepertoire der Schülerinnen und Schüler weiter vertieft und um fachspezifische Methoden erweitert (z. B. Elemente der Szenariotechnik, Umgang mit Verfassungstexten, Karikaturenanalyse, Fallanalyse, Pro-Contra-Debatte). Sozialwissenschaftliche Methoden sind der Schlüssel für das eigenständige Erschließen politischer Inhalte und Zusammenhänge, insbesondere für das außerschulische Weiterlernen und somit für die eigene Meinungsbildung über Politik sowie für eigenes politisches Handeln. Die Methodenkompetenz ermöglicht dem mündigen Bürger bzw. der mündigen Bürgerin die Orientierung bei aktuellen gesellschaftlichen und politischen Fragen.

2.3 Gegenstandsbereiche

Die Gegenstandsbereiche des Faches Politik und Gesellschaft umfassen an der Realschule grundlegende Konzepte und Inhalte, die das Verstehen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ermöglichen. Mit ihrer Hilfe erwerben Schülerinnen und Schüler im Unterricht fachspezifische Kompetenzen und Fähigkeiten. Wissen ist demnach nicht Selbstzweck, sondern als Voraussetzung für die Entwicklung von Kompetenzen zu betrachten. Die Gegenstandsbereiche des Kompetenzstrukturmodells spiegeln sich in den Lernbereichen wider.

Politische Mitwirkungsmöglichkeiten

In einer pluralistischen Gesellschaft ringen verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, Einstellungen und Werthaltungen um Beachtung und Mitsprache. Es existieren verschiedene Lebenswelten mit unterschiedlichen Bedürfnissen nebeneinander, die im demokratischen Staat auf unterschiedlichen Wegen artikuliert, organisiert und in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht werden können. Dies kann auf der Ebene von Einzelpersonen erfolgen (z. B. durch Petition, Web-Beteiligung, Leserbrief, Klage) und reicht bis hin zu den institutionalisierten Formen (z. B. mittels Verbänden oder Parteien).

Politische Strukturen

Das Zusammenleben in der Gesellschaft ist konfliktträchtig und bedarf deshalb allgemein akzeptierter Grundwerte sowie festgelegter Verfahrensweisen bei der Konfliktregelung. Politik im demokratischen Staat ist der ständige Versuch, diese Herausforderungen des Mit-, Neben- und Gegeneinanders zu bewältigen. Politische Akteure wirken innerhalb von Institutionen und Strukturen im Ringen um die beste Lösung zusammen und entwickeln unterschiedliche Lösungsvorschläge. Dabei muss sichergestellt werden, dass auch die Interessen von Minderheiten angemessen berücksichtigt werden.

Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Handlungsfelder

Aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft treten immer wieder Konflikte und Probleme auf. Vor dem Hintergrund von z. B. geeigneten ökonomischen und politischen Modellen bzw. Kriterien werden Lösungsansätze und Zielkonflikte analysiert und beurteilt. Da die Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten zusammenwirkt, wird die nationale Ebene oftmals verlassen. Dabei wird ein friedliches Miteinander in Europa und der Welt weiter gefördert und globale Herausforderungen (z. B. Umsetzung des Leitbilds der Nachhaltigkeit) gemeistert. Von den Schülerinnen und Schülern wird insbesondere die Rolle der EU als zentrales Element der europäischen Friedenssicherung sowie das Zusammenwachsen der Staaten der EU (z. B. Währungsunion) untersucht. Internationale Verflechtungen, wie weltpolitische und weltwirtschaftliche Abhängigkeiten, sind vor dem Hintergrund der europäischen Wertegemeinschaft zu betrachten. Ausgehend von dieser Gemengelage werden die Schülerinnen und Schüler befähigt, sich eine eigene, begründete Meinung zu bilden, diese zu vertreten und Wege zu beschreiten, um ihren Interessen Geltung zu verschaffen.

3 Aufbau des Fachlehrplans im Fach Politik und Gesellschaft

Politik und Gesellschaft wird an der Realschule mit zwei Wochenstunden nur in Jahrgangsstufe 10, unabhängig von der Wahlpflichtfächergruppe, unterrichtet.

Den Gegenstandsbereichen des Kompetenzstrukturmodells entsprechen im Fachlehrplan die Lernbereiche Sk 10.2 bis 10.4, die formal getrennt ausgewiesen sind, aber entsprechend den individuellen Anforderungen und Bedürfnissen vor Ort (z. B. Aktualitätsprinzip, Schülerorientierung) verschränkt unterrichtet werden. Das bedeutet, dass die Reihenfolge der Lernbereiche Sk 10.2 bis 10.4 im Lehrplan nicht zwingend der Abfolge der darin aufgeführten Themenbereiche im Unterricht entsprechen muss. Den drei Lernbereichen Sk 10.2 bis 10.4 ist der Lernbereich Sk 10.1 „Methoden und Arbeitstechniken“ vorangestellt. Die darin ausgewiesenen sozialwissenschaftlichen Methoden sind bei den Schülerinnen und Schülern anhand der Inhalte der Lernbereiche Sk 10.2 bis 10.4 anzubahnen, zu erweitern und zu vertiefen. Für den Lernbereich Sk 10.1 sind deshalb keine Unterrichtsstunden ausgewiesen.

Allen Lernbereichen sind Kompetenzerwartungen zugeordnet. Anhand der in den Lernbereichen Sk 10.2 bis 10.4 ausgewiesenen Inhalte erwerben die Schülerinnen und Schüler diese Kompetenzen bis zum Ende des Schuljahrs.

Die Lernbereiche des Faches Politik und Gesellschaft in Jahrgangsstufe 10 sind im Einzelnen:

1. Methoden und Arbeitstechniken
2. Politische Mitwirkungsmöglichkeiten
3. Politische Strukturen
4. Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Handlungsfelder

4 Zusammenarbeit mit anderen Fächern

Als Leitfach der politischen Bildung ist es Aufgabe des Faches Politik und Gesellschaft, Kenntnisse und Kompetenzen, die in den vorangegangenen Jahrgangsstufen in verschiedenen anderen Fächern (z. B. Wirtschaft und Recht, Katholische und Evangelische Religionslehre, Ethik, Geschichte, Geographie, Fremdsprachen) im Sinne eines aufbauenden Lernens im Bereich der politischen Bildung erworben wurden, nach den Kategorien des Faches zu systematisieren und in einen umfassenden, das Politische akzentuierenden Zusammenhang zu stellen.

Die fächerübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Fächern ist vielfach möglich und wünschenswert. Insbesondere die Kooperation mit dem Fach *Geschichte* (z. B. in Form eines fächerübergreifenden Unterrichtsprojekts) erschließt den Schülerinnen und Schülern beispielhaft den Zusammenhang zwischen der historischen Dimension und den gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.

Das Fach Politik und Gesellschaft bringt sich bei (fächerübergreifenden) Projekten und Schulveranstaltungen zu Themen der politischen Bildung mit ein und stärkt so die politische Bildung der Schülerinnen und Schüler.

Die Fächer Politik und Gesellschaft sowie *Wirtschaft und Recht* (alle Wahlpflichtfächergruppen) sowie *Sozialwesen* (Wahlpflichtfächergruppe IIIb) sind durch vielfache Verknüpfungen und Abstimmungen zwischen den drei Fächern verbunden und fokussieren in diesem Dreiklang in den Jgst. 9 und 10 den Blick der Schülerinnen und Schüler auf die gesellschaftliche, politische und ökonomische Wirklichkeit. Die Schülerinnen und Schüler wenden die in diesen Fächern erworbenen Kompetenzen v. a. in der Verantwortungsübernahme für sich selbst und andere an, in ihrem aktiven sozialen und politischen Handeln sowie im Sinne von Nachhaltigkeit und Wertebildung.

5 Beitrag des Faches Politik und Gesellschaft zu den übergreifenden Bildungs- und Erziehungszielen

Das Fach Politik und Gesellschaft steht in enger Verbindung mit vielen fächer- und schulartübergreifenden Bildungs- und Erziehungszielen.

Politische Bildung

Das Ziel Politischer Bildung im schulischen wie im außerschulischen Bereich ist die Demokratiefähigkeit junger Menschen, also die Kenntnis und Akzeptanz von Demokratie, der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und von Grundrechten. Politik und Gesellschaft dient als einziges Fach im Fächerkanon der Realschule vorrangig diesem Ziel. Politik und Gesellschaft ist somit das Leitfach der politischen Bildung und bietet Schülerinnen und Schülern ein breites Angebot, die für die Demokratiefähigkeit benötigten Kompetenzen systematisch zu erwerben und als mündiger Bürger bzw. mündige Bürgerin verantwortungsbewusst in Staat und Gesellschaft mitzuwirken. Die Jugendlichen werden befähigt, demokratische Politik im nationalen, europäischen und internationalen Kontext als einen Prozess der Problemlösung und als Beitrag für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und zum Erhalt des Friedens zu verstehen.

Soziales Lernen

Eine besondere Bedeutung hat im Unterricht im Fach Politik und Gesellschaft an der Realschule auch das Soziale Lernen. Die Schülerinnen und Schüler erkennen die Notwendigkeit, in Staat und Gesellschaft mitzuwirken, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und v. a. bei der Lösung von Problemen zu kooperieren. Sie erwerben Fähigkeiten zu konstruktiver Konfliktlösung und üben sich in Toleranz, Respekt und Empathie, wenn es gilt, Meinungen und Überzeugungen anderer zu akzeptieren. Der Unterricht im Fach Politik und Gesellschaft trägt zur Persönlichkeitsbildung bei und fördert das Sozialverhalten der Jugendlichen. Sie verinnerlichen so das dem demokratischen Zusammenleben innewohnende Prinzip der Solidarität.

Werteerziehung

Im Unterricht im Fach Politik und Gesellschaft an der Realschule setzen sich Schülerinnen und Schüler mit den Grundwerten des Zusammenlebens von Individuen, Gruppen und Staaten auseinander. Sie erkennen den hohen Wert der im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung verankerten Grundrechte, v. a. der Achtung der Menschenwürde, der Freiheitsrechte und der rechtlichen Gleichheit, setzen sich mit Angriffen auf diese demokratischen Grundwerte auseinander und verinnerlichen die Notwendigkeit, sich für diese Werte stark zu machen und sie immer wieder zu verteidigen.

Medienbildung/Digitale Bildung

Im Rahmen des Unterrichts im Fach Politik und Gesellschaft an der Realschule nutzen und reflektieren Schülerinnen und Schüler verschiedene Formen von Informationsgewinnung, -verarbeitung und -präsentation. Sie setzen sich kritisch mit der politischen Funktion von Medien auseinander, wägen ihren eigenen Umgang mit verschiedenen Medien ab und erweitern damit ihre Medienkompetenz.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (Umweltbildung, Globales Lernen)

Die Bildung für Nachhaltige Entwicklung wird durch den Unterricht im Fach Politik und Gesellschaft an der Realschule gefördert, indem die Schülerinnen und Schüler dazu befähigt werden, sich in altersgemäßer Weise kritisch mit den Fragen des eigenen Umweltverhaltens und der politischen Handlungsoptionen im Umwelt- und Artenschutz zu befassen. Sie entwickeln dadurch die Bereitschaft, Verantwortung im Bereich von Natur und Umwelt, aber auch im Bereich globaler Problemstellungen (z. B. Entwicklungsunterschiede, Migration) zu übernehmen und im Sinne von Nachhaltigkeit zu handeln.

Interkulturelle Bildung

Interkulturelle Bildung findet im realschulspezifischen Unterricht im Fach Politik und Gesellschaft immer dann statt, wenn die Vielfalt von Lebensformen, Wertvorstellungen, Formen des Zusammenlebens und von Herrschaftssystemen und deren historische sowie kulturelle Bedingtheit in den Blick geraten. Dieser Blick auf andere (z. B. Migranten) und der Vergleich mit den eigenen Erfahrungen tragen zur Entwicklung von Interesse und Offenheit sowie Respekt und Toleranz gegenüber anderen Kulturen bei.

Kulturelle Bildung

In der Auseinandersetzung mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen entwickeln die Schülerinnen und Schüler ein Bewusstsein für künstlerisches, kreatives Wirken und seine Bedeutung für soziale Gruppen. Sie erkennen, dass Kunst und Kultur immer auch Ausdruck bestimmter Werthaltungen sind und zur Entwicklung einer gemeinsamen Identität beitragen.

Ökonomische Verbraucherbildung

Der Unterricht im Fach Politik und Gesellschaft an der Realschule trägt zur Ökonomischen Verbraucherbildung bei, indem er die Schülerinnen und Schüler dazu auffordert, sich in altersgemäßer Weise kritisch mit den Fragen des eigenen Konsumverhaltens und dessen politischen und sozialen Auswirkungen zu befassen. Die Jugendlichen erwerben u. a. ökonomische Alltagskompetenzen, die sie zu verantwortungsvollem und nachhaltigem Konsumverhalten befähigen.

Sprachliche Bildung

Im Unterricht im Fach Politik und Gesellschaft an der Realschule sind Schülerinnen und Schüler aufgefordert, mündlich und schriftlich zu aktuellen politischen Themen und Fragen Stellung zu beziehen. Sie artikulieren eigene Interessen, Meinungen und Urteile und können diese in der Diskussion mit anderen verteidigen. Diese kommunikative Kompetenz ermöglicht ihnen die Teilhabe und Teilnahme an Prozessen der Meinungsbildung im schulischen und außerschulischen Raum.

Der Unterricht im Fach Politik und Gesellschaft unterstützt einen erfolgreichen Kompetenzerwerb für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von deren Muttersprache. Dies gelingt vor allem durch einen sprachsensiblen und die Fachsprache entwickelnden Unterricht.